

Ende der Schonzeit

Weltweite Krisen lassen Wehretat steigen

VON ARANKA SZABÓ



Bremervörde. Aus Berlin war Henning Otte, der verteidigungspolitische Sprecher der CDU, zum CDU-Grogabend des Gemeindeverbandes gekommen. Das Verteidigungsausschussmitglied berichtete über die aktuellen Herausforderungen für die Bundeswehr. Er sprach sich auch für eine Unterstützung der Polizei durch Soldaten im nationalen Terrorfall aus.

Die Bundeswehr ist im Wandel, das sagte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Henning Otte, in seinem Vortrag über die deutsche Sicherheitspolitik. Begrüßt wurde er durch den stellvertretenden CDU-Gemeindeverbandsvorsitzenden Mathias Betz. Einleitende Worte sagte auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann.

Die Bundeswehr war in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder einem Wandel unterworfen, erst als Präsenzarmee im Kalten Krieg und später, nach der „Zäsur“ 9/11 als Einsatzarmee. Wo stünde man ohne Einsatz in Afghanistan heute, fragte er, wenn man nicht in dem zerfallenden Staat und Ausbildungsort für Terroristen eingegriffen hätte. Heute sei sie ein „Erfolgsmodell“ mit internationaler Ausrichtung, Verlegfähigkeit und „auf jede Frage eine Antwort zu haben“.

Doch werde die weltweite Situa-

Die Zeiten ändern sich und damit ist auch die Bundeswehr dem Wandel unterworfen. Verteidigungsausschussmitglied Henning Otte berichtete über die Herausforderungen.

Foto: asz

tion schwieriger. Die „glückliche Situation von 1990 von Freunden umgeben und die Freunde wieder von Freunden umgeben zu sein“, gebe es so nicht mehr. Der russische Präsident Wladimir Putin wolle den osteuropäischen Gürtel destabilisieren. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges seien zum ersten Mal wieder Grenzen militärisch verändert worden (Ukraine und die Krim). Auch innerhalb Deutschlands mache Putin Propaganda, etwa beim Fall „Lisa“, dass russlanddeutsche Mädchen, das

angeblich vergewaltigt worden sein soll. „Wir müssen aufpassen“, so Otte.

Die zweite Bedrohung sei die Zunahme zerfallener Staaten. Der IS-Terror im Irak und Giftgas und Fassbomben durch Präsident Assad in Syrien führte er als Beispiele auf. „Um noch Schlimmeres zu verhindern, müssen militärische Mittel eingesetzt werden“, meinte er. Auch die Ausbreitung des IS in Libyen müsse verhindert werden, wobei der „innerislamische Krieg“ durch die Araber selbst gelöst

werden müsse. Auch im afrikanischen Mali müsse ein islamistischer Gürtel über den Kontinent unterbunden werden. Otte befürwortete bei diesen Herausforderungen den Ansatz „Comprehensive Approach“, wo nicht nur das Militär zu einer Lösung, sondern auch Diplomatie und humanitäre Hilfe beitragen.

Als weitere Bedrohung machte er den Bereich „Cyber-Krieg“ aus, weshalb jüngst die neue Streitkraft „Cyber“ ins Leben gerufen wurde. Auch sieht er die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe bei Naturkatastrophen oder Terroranschlägen wie in Brüssel oder Paris gefordert. Letzteres sei derzeit rechtlich nicht möglich. „Das muss neu überdacht werden“, forderte Otte. Es solle keine Parallelstruktur zur Polizei entstehen, verdeutlichte er und nannte ein Beispiel. Im Falle eines ABC-Terrorangriffes in Deutschland müsse die Bundeswehr mit seinen Fachleuten gerufen werden. Doch befänden sich dann die eingesetzten Soldaten in einem nicht rechtssicheren Raum. Diese vielfältigen Herausforderungen an die Bundeswehr müssten sich im Haushalt widerspiegeln. Mehr Geld, eine bessere Ausrüstung und eine andere Personalstruktur sowie das Attraktivitätsgesetz und das Einsatzversorgungsgesetz seien nötig, den Herausforderungen standzuhalten. Ein Plus von 130 Milliarden Euro sollen bis 2030 alleine in Ausrüstung investiert werden.